



LEGISLATURPERIODE 2021 - 2026

# Landespolitische Positionen der IHK Rhein-Neckar

Die Wettbewerbsfähigkeit von Industrie, Handel und  
Dienstleistungssektor in der Rhein-Neckar-Region stärken

## INHALT

Vorwort	3
Standortpolitik	4
Innovation und Digitalisierung	6
Infrastrukturen	8
Ländlicher Raum	9
Fachkräftesicherung	10

Herausgeber  
Industrie- und Handelskammer (IHK) Rhein-Neckar  
L1, 2  
68161 Mannheim  
Telefon: 0621 1709-0  
[www.rhein-neckar.ihk24.de](http://www.rhein-neckar.ihk24.de)

Ansprechpartnerin  
Hanna Schmidt

Bilder  
Titelbild: © Landtag Baden-Württemberg

Herstellung  
CITY-DRUCK HEIDELBERG

© März 2021 Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung des Herausgebers. Alle Angaben wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen wird keine Gewähr übernommen.

# Starke Wirtschaft. Starkes Land.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Region Rhein-Neckar zählt zu den wirtschaftlichen Kraftzentren Baden-Württembergs – dank einer breiten und wettbewerbsfähigen Industrie, einem innovativen Mittelstand, weltweit führenden Unternehmen und einem stabilen Fundament gut aufgestellter Betriebe im Handel und im Dienstleistungsbereich.

Unsere Mitglieder, 70.000 Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistungssektor, beschäftigen mehr als 500.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Unternehmen sind für ihren Erfolg auf planbare und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen angewiesen. Seit Anfang 2020 kämpfen die Betriebe mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus haben Existenzen und Arbeitsplätze vernichtet. Zudem ist bei vielen Betrieben eine schleichende Auszehrung zu verzeichnen.

Wie kann die Politik das Wiedererstarken der Wirtschaft fördern und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts sichern? Dazu nennen wir im Folgenden 29 konkrete Vorhaben und Projekte. Für deren Förderung und Umsetzung sind Entscheidungen auf Ebene der Kommunen, des Landes sowie teilweise auf Bundesebene erforderlich.

Die IHK Rhein-Neckar und die Unternehmen der Region laden dazu ein, die landespolitischen Positionen gemeinsam zu thematisieren. Wir freuen uns auf den Austausch und den Dialog mit Ihnen!



Manfred Schnabel  
Präsident



Dr. Axel Nitschke  
Hauptgeschäftsführer

# Rahmenbedingungen verbessern



## 1. Produzierendes Gewerbe stärker unterstützen

Die Landespolitik sollte sich unter industriepolitischen Aspekten dafür einsetzen, die Akzeptanz für Industrie und technologische Entwicklungen zu fördern. Produzierende Betriebe spielen eine besondere Rolle. Sie prägen mit rund 95.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von mehr als 29 Milliarden Euro maßgeblich die regionale Wirtschaftsstruktur. Fast ein Viertel der Bruttowertschöpfung im Bezirk der IHK Rhein-Neckar werden im Verarbeitenden Gewerbe erwirtschaftet. Dieser industrielle Kern ist Treiber von Forschung und Entwicklung, Impulsgeber für alle anderen Sektoren, Vorreiter beim Einsatz von Klima- und Umwelttechnologien sowie bedeutender Arbeitgeber und Ausbilder.



## 2. Dem Handel faire Wettbewerbschancen zur Entfaltung geben

Der Handel steht bereits seit vielen Jahren unter starkem Wettbewerbsdruck. Durch die Corona-Pandemie sind zusätzlich viele Betriebe in ihrer Existenz gefährdet. Die Politik muss gerade jetzt faire Rahmenbedingungen schaffen, die wettbewerbspolitisch für ein Level-Playing-Field von stationärem und Online-Handel sorgen. Für die Gleichbehandlung diverser Vertriebskanäle sollte sich die Landesregierung auf Bundes- und europäischer Ebene auch zukünftig einsetzen. Dazu gehört unter anderem die faire Besteuerung von Vertriebskanälen, die aufgrund der Digitalisierung nationale Grenzen überschreiten.



## 3. Die Kommunen bei strukturellen Veränderungen ihrer Innenstädte fordern und fördern

Einzelhandelsbetriebe – inklusive Anbieter des täglichen Bedarfs – haben sich in den vergangenen Jahren vor allem aus Städten mit weniger als 30.000 Einwohnern zurückgezogen. Die Corona-Krise hat diesen Prozess erheblich verstärkt. In der Folge wird sich die Anzahl leerstehender Geschäftslokale erhöhen. In vielen Innenstädten werden adäquate Nachvermietungen nicht mehr immer gelingen; die Gesichter der Innenstädte werden sich wandeln und die Kommunen werden vielerorts neue Nutzungskonzepte entwickeln müssen. Das Land sollte Städte und Gemeinden

bei diesen Erneuerungsprozessen unterstützen und darauf achten, dass sich dabei die bewährten Grundsätze der Raumordnung in der kommunalen Bauleitplanung widerspiegeln. Innenstädte werden als Standorte für Handel, Gastronomie und Dienstleistungen nur dann ihre Funktion erfüllen können, wenn die Aufenthaltsqualität nachhaltig erhöht wird. Zentrales Förderinstrument ist die bewährte Städtebauförderung. Fördermittel sind zunehmend für den Ausbau der digitalen Infrastruktur, für die Stärkung des Stadtmarketings sowie für die Umsetzung innovativer Nutzungskonzepte notwendig.



## 4. Zugang zu Innenstädten weiter attraktiv halten

Eine gute verkehrliche Erreichbarkeit der Innenstädte und Ortskerne ist nach wie vor sehr wichtig für die Attraktivität des stationären Handels und damit auch für die Wirtschaftskraft der Städte und Gemeinden. Im Wettbewerb der Standorte ist insbesondere der innerstädtische Handel auf eine gute Erreichbarkeit für Kunden- und Lieferverkehre angewiesen. Die Landesregierung sollte deshalb intelligente Konzepte für den Stadtverkehr der Zukunft fördern, die nicht in erster Linie Sperrungen oder Fahrverbote verfolgen, sondern auf die Ausweitung verzahnter Mobilitätskonzepte setzen. Komplexe urbane Mobilitätskonzepte werden in den zahlreichen Klein- und Mittelstädten des Landes schon allein aus Kostengründen nicht in dem Maße umsetzbar sein, wie sie in den Großstädten bzw. Ballungsräumen möglich erscheinen. In diesen Städten ist und bleibt der Pkw das Verkehrsmittel Nr. 1. Diese Erkenntnis berücksichtigend, sollte die Landesregierung die Städte und Gemeinden auch bei der Optimierung des fließenden und ruhenden Verkehrs finanziell unterstützen. Die Ausweitung nachhaltiger und verzahnter Mobilitätskonzepte (zum Beispiel mehr Park & Ride-Plätze, sicherere Radwege oder Verbesserung des ÖPNV) unterstützt die IHK-Organisation. Eine weitere Ausweisung von Umweltzonen lehnt die IHK-Organisation ab, da sie den Standortnachteil der Innenstädte vergrößert. Schließlich sind peripher gelegene Standorte in der Regel besser mit dem Pkw zu erreichen und fast immer mit ausreichend und kostenlosem Parkraum ausgestattet. Eine City-Maut mit dem Ziel der Verteuerung des Verkehrs würde zum Beispiel den stationären innerstädtischen Einzelhandel weiter gegenüber dem

Onlinehandel sowie Einkaufszentren außerhalb der City schwächen und kann daher nicht befürwortet werden. Auch fehlen in der Regel die erforderlichen Alternativen zum motorisierten Individualverkehr, die durch die Optimierung des ÖPNV erst geschaffen werden müssten.

### 5. Zukunftsfähige Gewerbeflächen schaffen

Für zukunftsfähige Gewerbeflächen sind eine ressourcenschonende Flächennutzung sowie zukunftsorientierte Mobilitäts-, Energie- und Logistikkonzepte notwendig. Die Grundlagen hierfür müssen bereits in der Bauleitplanung gelegt werden. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur nachhaltigen Gewerbeflächennutzung sind frühzeitig und flächendeckend im Planungsrecht und bei der Ausweisung von Gewerbegebieten zu beachten. Dabei sollte eine Priorisierung auf der Beschleunigung von derzeitigen Planungsvorhaben liegen. Zur nachhaltigen Sicherung des Standorts brauchen die baden-württembergischen Unternehmen Flächen in ausreichender Größe und Qualität, um Planungssicherheit zu haben. Auch mit einer qualitätsorientierten Innenentwicklung und Nachverdichtung werden zur Deckung des Gewerbeflächenbedarfs in Zukunft Neuausweisungen von Flächen erforderlich sein. Die aktuellen Plan- und Genehmigungsverfahren sind aber teilweise sehr langwierig, weshalb hier dringender Handlungsbedarf besteht, um die Prozesse entsprechend zu beschleunigen. Die Verfahrenserleichterungen für Straßeninfrastrukturprojekte sollten daher auch für Gewerbeflächen gelten. Die Flächennutzung muss in der Öffentlichkeit objektiv und faktenbasiert diskutiert werden – auch von kommunalen und regionalen Politikern.

### 6. Grundsteuer und Gewerbesteuer wirtschaftsschonend gestalten

Die baden-württembergische Wirtschaft benötigt investitions- und wachstumsfreundliche Standortbedingungen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Aufgrund der einseitigen Belastungswirkung der Gewerbesteuer sollte das Ziel sein, diese durch einen von den Kommunen in Eigenverantwortung festzusetzenden Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer nebst einem verstetigenden Teil an einer Gemeinschaftssteuer,

zum Beispiel der Lohnsteuer oder der Umsatzsteuer, zu ersetzen. Bis die Landesgrundsteuer erstmalig erhoben wird, sollte die Zeit genutzt werden, um die Digitalisierung der Finanzverwaltung auf Landesebene voranzutreiben und so eine einfache und bürokratiearme Umsetzung zu sichern. Zudem muss bei der Landesgrundsteuer das Aufkommensneutralitätsprinzip auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Das bedeutet, dass die Grundsteuer-Hebesätze ohne höhere Belastungen für die Unternehmen insgesamt, aber auch ohne übermäßige einseitige Zusatzbelastung für einzelne Unternehmensgruppen auszugestalten sind.

### 7. Bürokratie abbauen und Verwaltung digitalisieren

Seit vielen Jahren sehen die Unternehmen den Bürokratieabbau als dringliche Aufgabe der Politik auf Landes- wie Bundesebene an. Problematisch sind vor allem umfangreiche Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten sowie aufwändige Behördengänge. Dies belastet insbesondere kleinere und mittelgroße Unternehmen. Es besteht daher erheblicher Handlungsbedarf für die Landesregierung. Der im Januar 2018 eingesetzte Normenkontrollrat Baden-Württemberg sowie die im Staatsministerium angesiedelte Aufgabe des Koordinators für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung wird von der baden-württembergischen Wirtschaft begrüßt und unterstützt. Eine erfolgreiche Wirtschaft benötigt aber weitere Maßnahmen, wie zum Beispiel:

- Umsetzungseffizienz steigern
- Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben

“  
**Jeder zweite Euro in der Region wird im Ausland verdient. Unsere Unternehmen brauchen investitions- und wachstumsfreundliche Standortbedingungen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.**

# In Zukunft investieren



## 8. Neue wissenschaftliche Einrichtungen ansiedeln

Neue innovative Technologien, die für das zukünftige Standortprofil der Region wichtig sind, müssen sich auch in der Weiterentwicklung bestehender und im Aufbau neuer wissenschaftlicher Einrichtungen widerspiegeln. Hier geht es zum Beispiel um organische Elektronik in Verbindung mit einem Fraunhofer-Institut, künstliche Intelligenz, Mikroskopie, 3D-Druck und neue astronomische Forschungsschwerpunkte.



## 9. Fraunhofer-Institut für Medizintechnik in Mannheim aufbauen

Der Standort Mannheim entwickelt sich immer mehr zu einem Schwerpunkt für Medizintechnik. Die bisher in Mannheim tätige Projektgruppe sollte zu einem Fraunhofer-Institut für Medizintechnik ausgebaut werden.



## 10. Dem Technologiepark Heidelberg eine Ausbauperspektive geben

Der Technologiepark Heidelberg bietet seit über drei Jahrzehnten eine wichtige Basis und Plattform für die Gründung innovativer Hightech-Start-ups im Umfeld der Universität, des Deutschen Krebsforschungszentrums und anderer wissenschaftlicher Institute und Forschungsbereiche. Der Technologiepark Heidelberg ist sehr gut ausgelastet und braucht am Standort im Neuenheimer Feld Entwicklungsperspektiven.



## 11. Innovationskraft sichern

Baden-Württemberg steht bei Forschung und Entwicklung (FuE) gut da. Die Forschungsintensität (Anteil FuE-Investitionen am BIP) erreichte 2017 den Rekordwert von 5,6 Prozent (27,9 Milliarden Euro), ein Spitzenwert in Europa und weltweit. Mit 84 Prozent-Anteil an den FuE-Investitionen ist die Wirtschaft der maßgebliche Treiber. Die Herausforderungen dürfen jedoch nicht übersehen werden. Der Technologiebeauftragte des Landes stellte fest: Die Innovationsdynamik Baden-Württembergs stagniert, Disruptionen entstehen hier eher selten und der industrielle Mittelstand investiert im Vergleich zu großen Unternehmen immer weniger in FuE. Eine Umfrage des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages zeigt: Ein Teil der befragten forschungs- und entwicklungsaktiven Unternehmen sehen andere Länder/Regionen bei wichtigen Standortfaktoren wie dem Fachkräfteangebot, der digitalen Infrastruktur, bei gesetzlichen Vorgaben/Regulierung oder beim technologiefreundlichen gesellschaftlichen Umfeld im Vorteil. Baden-Württemberg braucht für seinen Innovationsvorsprung weiter verbesserte Rahmenbedingungen für FuE. Daher fordern wir:

- Technologieskepsis entgegenwirken
- Innovationsförderung ausbauen
- Hochschulen im Technologietransfer stärken
- KI-Innovationen fördern





## 12. Digitalisierung des Mittelstands beschleunigen

Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit vieler kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) hängt davon ab, wie gut es ihnen gelingt, die Digitalisierung für sich zu nutzen und bestehende Geschäftsmodelle, Produkte und Services zu transformieren bzw. neue zu entwickeln. Laut Digitalisierungsindex des Mittelstands hatte bereits 2018 nahezu jedes zweite baden-württembergische Unternehmen die digitale Transformation in seiner Geschäftsstrategie verankert. Die Politik unterstützt mit einer Vielzahl an Maßnahmen vor allem auch KMU bei der Digitalisierung. Mit Blick auf die Herausforderungen in unseren Schlüsselindustrien ist eine weiter gesteigerte Unterstützung nötig, um bestmögliche gesamtwirtschaftliche Effekte zu erzielen. Daher fordern wir unter anderem:

- Kompetenzaufbau in KMU fördern
- Vernetzung unterstützen – Transparenz erhöhen
- IT-Sicherheit in KMU stärken



## 13. Strukturwandel im Handel unterstützen

Die Landesregierung sollte den stationären Handel bei der Implementierung neuer Technologien durch Fördermittel unterstützen und sollte diese besonders wegen den Auswirkungen der Corona-Pandemie für einen bestimmten Zeitraum verstetigen. Auf diese Weise erhalten die Händler eine etwas größere Planungssicherheit. Die Digitalisierungsprämie hat sich hierbei als mittelstandsfreundliches Förderprogramm bewährt. Die Projektmittel des Dialogprojektes „Handel 2030“ sollten über das Jahr 2021 gewährt und massiv ausgebaut werden, um die überwiegend mittelständisch geprägten Einzelhandelsbetriebe über einen mittelfristigen Zeitraum unterstützen zu können.



**Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit vieler kleiner und mittlerer Unternehmen hängt davon ab, wie gut es ihnen gelingt, die Digitalisierung für sich zu nutzen.**

# Nicht den Anschluss verlieren



### 14. Rheinquerenden Verkehr angemessen berücksichtigen

Aus Sicht der Unternehmer ist die Verkehrsinfrastruktur in der Metropolregion Rhein-Neckar den zukünftigen Anforderungen nicht mehr gewachsen. Daher sieht die Wirtschaft alle Akteure in der Region gefordert, im Rahmen des Mobilitätspakts Rhein-Neckar geeignete Maßnahmen zu finden und zu ergreifen. Dabei sollte insbesondere die Frage der Kapazitäten im rheinquerenden Verkehr im Fokus stehen. Die Entwicklungen bei den beiden Hochstraßen Süd und Nord in Ludwigshafen alarmieren die regionale Wirtschaft insbesondere hinsichtlich der Frage, wie der Verkehr bzgl. Gütern, Mitarbeitern und Kunden zukünftig den Rhein im Kernraum der Metropolregion Rhein-Neckar queren soll. Angesichts der weiterhin bestehenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit Planung, Finanzierung und zeitlichem Ablauf aller erforderlichen Maßnahmen ist ein gesamthafter Planungsansatz umso wichtiger, der die Auswirkungen auf die gesamte Region berücksichtigt.



### 15. Fünfte Neckarquerung angehen

Die täglichen Staus in Heidelberg schaden dem Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort. Neue Lösungen für den Berufs- und Wirtschaftsverkehr sind unumgänglich. Insbesondere das Neuenheimer Feld mit der Universität und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen sowie dem Technologiepark muss besser angebunden werden. Der Straßenbahn- und Radwegausbau ist wichtig, wird aber nur in Verbindung mit einer fünften Neckarquerung Entlastung für den dominierenden Kfz-Verkehr bringen.



### 16. Straßen und Brücken sanieren und ausbauen

Auf Landesebene sieht es die Wirtschaft als geboten, die Ausgaben für Neu- und Ausbau sowie Erhaltung landeseigener Straßen und Bauwerke mindestens auf dem Niveau von 220 Millionen Euro zu verstetigen. Darüber hinaus müssen die Planungskapazitäten in den Bauverwaltungen weiter erhöht werden. So kann dauerhaft der Finanzierungsbedarf im Landesstraßenbau gedeckt werden, um beispielsweise dringend benötigte Umgehungsstraßen und Ausbaumaßnahmen aus dem Generalverkehrsplan des

Landes umzusetzen. Insbesondere müssen Lückenschluss-Projekte schnell vorangetrieben werden, um das Straßennetz zu vervollständigen und damit die Funktionalität insgesamt zu erhöhen. Die Umsetzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren muss beschleunigt werden.



### 17. Breitband- und Mobilfunknetz flächendeckend ausbauen

Breitbandausbau und flächendeckende Mobilfunkversorgung müssen sowohl im ländlichen Raum als auch in den städtischen Ballungszentren weiter vorangetrieben werden. Eine Glasfaser-basierte Infrastruktur wird flächendeckend benötigt, um Digitalisierung und Industrie 4.0 voranzubringen. Sie bildet das Rückgrat für eine flächendeckende Mobilfunkversorgung, die die entscheidende Voraussetzung für Zukunftstechnologien ist, wie beispielsweise das autonome Fahren. Gewerbe- und Industriestandorte sollten beim Ausbau mit Priorität behandelt werden.



### 18. Energieversorgung sichern

Netzausbau ist derzeit die günstigste Option für Versorgungssicherheit. In der Region sind auch weiterhin konventionelle Erzeugungsanlagen wie das Großkraftwerk Mannheim erforderlich, um eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen zu gewährleisten. Öffentliche Abgaben auf den Stromverbrauch müssen gut aufeinander abgestimmt, wirtschaftsverträglich sein und langfristig kalkulierbar gestaltet werden, um den Unternehmen Planungssicherheit zu geben. Gleichzeitig müssen weitere Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz geschaffen werden, um den Energie- und Rohstoffverbrauch der regionalen Wirtschaft noch weiter zu senken. So muss weiterhin die Kraft-Wärme-Kopplung genutzt und ausgebaut werden, um eine effiziente Energienutzung zu realisieren. Das Großkraftwerk Mannheim gehört zu den modernsten und effizientesten Steinkohlekraftwerken Deutschlands und produziert über Kraft-Wärme-Kopplung gleichzeitig Strom und Wärme. Vor dem Hintergrund des geplanten Kohleausstiegs muss die Strom- und Wärmeversorgung der Region gesichert sein, bevor das Großkraftwerk als eines der letzten Steinkohlekraftwerke vom Netz genommen wird.



# Neckar-Odenwald-Kreis fördern



## 19. Neues Bewusstsein für ländliche Räume initiieren

Soll die Fläche Baden-Württembergs auch in Zukunft konkurrenzfähig sein, muss das Land – begleitet von Wirtschaft und Spitzenverbänden – ein neues Bewusstsein für die ländlichen Räume initiieren. Vor allem im ländlichen Raum muss dabei eine moderne Infrastrukturanbindung gewährleistet sein, um mögliche Standortnachteile zu Ballungsräumen auszugleichen. Es gilt, neue Zukunftskonzepte auch in der Fläche zu gestalten und zu testen. Das Gebot der Stunde ist daher, die Regionen von Landesseite anzuregen, eigene Strategien zur Erhaltung und ständigen Revitalisierung ihrer Standortvorteile zu entwickeln und sie hierbei vielfältig zu unterstützen. Landesseitig könnte ein Investitionsfond für Kommunen, der Investitionsanreize setzt, eine Lösung sein. Durch die Bereitstellung leistungsfähiger Infrastruktur von Verkehrswegen, digitalen Netzen und Energieversorgungsnetzen kann in der Fläche die Wettbewerbsfähigkeit langfristig gestärkt werden.



## 20. Wohnraum und attraktive Standortbedingungen fördern

Knapper Wohnraum insbesondere in den Ballungsgebieten erschwert den Zuzug von Fachkräften. Deshalb ist die Schaffung oder Förderung von zusätzlichem Wohnraum sowie ein attraktiver ÖPNV unverzichtbar. Vorhandene und gut funktionierende Verkehrsinfrastrukturen zwischen Ballungsgebieten und ländlichem Raum stellen sicher, dass die Wohnflächenpotenziale im ländlichen Raum besser angebunden und dadurch stärker genutzt werden können.



## 21. Schieneninfrastruktur im Neckar-Odenwald-Kreis ausbauen

Die S2 ist bis Osterburken zu verlängern, um die Attraktivität der S-Bahn-Anbindung durch einen Halbstundentakt zu steigern und die Umsteigemöglichkeiten zur Madonnenlandbahn und zur Frankenbahn zu verbessern. Die Madonnenlandbahn soll S-Bahn-ähnlich ausgebaut werden. Die Frankenbahn muss ertüchtigt werden und ihre Bedienung verbessert werden. Es sollten Sprinterzüge insbesondere für den Berufsverkehr zwischen Mannheim und

Osterburken eingesetzt werden. Der Raum Mosbach muss über den Bahnhof Neckarelz besser in Richtung Stuttgart angebunden werden.



## 22. Hochschulstandort Mosbach sichern

Die Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach ist ein zentraler Baustein der Fachkräftesicherung und ein wichtiger Partner bei Forschung und Entwicklung in der Region Neckar-Odenwald. Sie muss gesichert und entwickelt werden, der Campus Mosbach an die Innenstadt herangerückt werden. Attraktive Angebote für Unternehmen und Studierende sollen weiter unterstützt werden, zum Beispiel das Baukompetenzzentrum.



## 23. Berufsschulstandorte und Fachklassen im ländlichen Raum erhalten

Berufsschulen und Fachklassen im ländlichen Raum müssen weiter erhalten und in technischer Ausstattung kontinuierlich auf dem neusten Stand gehalten werden. Im ländlichen Raum hängt die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe oft von der Erreichbarkeit der Berufsschulen ab. Weit entfernte Landes- oder gar Bundesfachklassen sind Ausbildungshemmnisse und verstärken so den Fachkräftemangel im ländlichen Raum.



Der ländliche Raum soll auch zukünftig **Heimat wettbewerbsfähiger Betriebe und ihrer Fachkräfte** sein.

# Berufsbildung höher priorisieren



### 24. Schulische Infrastruktur modernisieren

Schulen machen junge Menschen fit für das Leben und insbesondere für deren selbstbestimmte berufliche Zukunft. Die Vermittlung von Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten ist am erfolgreichsten, wenn Lernen Freude macht. Eine zeitgemäße schulische Infrastruktur – vom Zustand der Gebäude bis hin zur zeitgemäßen Ausstattung der Klassenzimmer – ist hierfür ein wesentlicher Beitrag. Auch die digitale Ausstattung mit Hard- und Software muss es bereits in den allgemeinbildenden Schulen ermöglichen, junge Menschen altersgemäß auf deren berufliche Zukunft vorzubereiten.



### 25. Berufsschulen modernisieren

Die Ausbildungsberufe werden in Hinblick auf die Arbeitswelt der Zukunft reformiert, neue Ausbildungsberufe entstehen. Der Umgang mit digitalen Geschäftsprozessen, deren Auswirkung auf die Kommunikation mit Kunden und Kollegen sowie die Datensicherheit und der Datenschutz werden zu zentralen Ausbildungsinhalten. Die Berufsschule als dualer Partner der Betriebe muss mit dieser Entwicklung Schritt halten: Es gilt sowohl die Qualifikation der Lehrkräfte als auch die Ausstattung der Schulen stets an den Erfordernissen der Arbeitswelt auszurichten. Dabei sind insbesondere das Land Baden-Württemberg sowie die kommunalen Schulträger gefordert.



### 26. Technisch moderne und flächendeckende berufliche Bildung forcieren

Die Landesregierung muss sicherstellen, dass die Berufsschulen personell und sachlich so ausgestattet sind, dass sie die duale Ausbildung in den Betrieben jederzeit professionell unterstützen und bedarfsgerecht ergänzen können. Dem chronischen Lehrermangel muss abgeholfen werden und ortsnahe Berufsschulangebote müssen erhalten bleiben. Alle Schulen sollten flächendeckend und ihrem Bedarf entsprechend zeitgemäß auf technisch aktuellem Stand ausgestattet und eine administrativ-technische Betreuung an der Schule bereitgestellt werden. Insbesondere müssen digitale Lernplattformen und digitale Medien unmittelbar und verstärkt in den Schulalltag integriert werden.

Erfahrungswerte aus der Corona-Zeit sollten bei der Umsetzung genutzt werden.



### 27. Modernisierung der ÜAB unterstützen

Die Überbetriebliche Ausbildungsstätte Buchen e.V. (ÜAB), eine Gemeinschaftsinitiative von IHK und derzeit 37 Mitgliedsunternehmen, gewährleistet den Betrieben im Neckar-Odenwald-Kreis ein ortsnahes Aus- und Weiterbildungsangebot mit modernen Maschinen und aktueller technischer Ausrüstung. Nur so ist es auch kleineren Betrieben möglich, alle Bestandteile einer dualen Ausbildung in gewerblich-technischen Berufen anzubieten und sich ihre Fachkräfte zu sichern. Um die Ausrüstung der ÜAB auf aktuellem Stand zu halten, muss stetig investiert werden. Daher bedarf dieses freiwillige Engagement der Wirtschaft der öffentlichen Förderung durch den Bund und das Land Baden-Württemberg.



### 28. Image der beruflichen Bildung stärken

Die Landesregierung sollte sich zur Stärkung der dualen Ausbildung bekennen und entsprechend handeln. Die berufliche Bildung muss als echte Alternative zu Abitur und Studium in der Gesellschaft verankert werden. Sie muss in allen Schulen und durch die Politik auch so vermittelt werden, damit sämtliche Karrierechancen in der Wirtschaft allgemein bekannt und sichtbar sind.



### 29. Fachkräftepotenziale erschließen

Eine gute Ganztagsbetreuung auch nach dem Übergang der Kinder von der Kita in die Schule ist Voraussetzung dafür, dass sich Eltern weiter voll im Beruf engagieren können. Wichtig sind hierbei eine gute Abdeckung der Rand- und Ferienzeiten sowie gesetzliche und finanzielle Rahmenbedingungen, damit Eltern den passenden Betreuungsplatz finden und auch bezahlen können. Für den Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten muss ausreichend Personal verfügbar sein. Fachkräfteengpässe in diesem Bereich strahlen sonst auf weitere Wirtschaftsbereiche negativ aus. Das Land sollte Möglichkeiten für einen Quereinstieg in die Kinderbetreuung prüfen und die Attraktivität des Berufs nicht nur monetär, sondern auch zum Beispiel bei den Dokumentationspflichten wohlwollend prüfen.

**IHK Rhein-Neckar**

Haus der Wirtschaft Mannheim  
L 1, 2  
68161 Mannheim  
Telefon: 0621 1709-0

**Haus der Berufsbildung Mannheim**

Walter-Krause-Straße 11  
68163 Mannheim  
Telefon: 0621 1709-0

**Haus der Wirtschaft Heidelberg**

Hans-Böckler-Straße 4  
69115 Heidelberg  
Telefon: 06221 9017-0

**Haus der Wirtschaft Mosbach**

Oberer Mühlenweg 1/1  
74821 Mosbach  
Telefon: 06261 9249-0

E-Mail: [ihk@rhein-neckar.ihk24.de](mailto:ihk@rhein-neckar.ihk24.de)  
[rhein-neckar.ihk24.de](http://rhein-neckar.ihk24.de)

# Die IHK-Positionen auf einen Blick:

1. Produzierendes Gewerbe stärker unterstützen
2. Dem Handel faire Wettbewerbschancen zur Entfaltung geben
3. Die Kommunen bei strukturellen Veränderungen ihrer Innenstädte fordern und fördern
4. Zugang zu Innenstädten weiter attraktiv halten
5. Zukunftsfähige Gewerbeflächen schaffen
6. Grundsteuer und Gewerbesteuer wirtschaftsschonend gestalten
7. Bürokratie abbauen und Verwaltung digitalisieren
8. Neue wissenschaftliche Einrichtungen ansiedeln
9. Fraunhofer-Institut für Medizintechnik in Mannheim aufbauen
10. Dem Technologiepark Heidelberg eine Ausbauperspektive geben
11. Innovationskraft sichern
12. Digitalisierung des Mittelstands beschleunigen
13. Strukturwandel im Handel unterstützen
14. Rheinquerenden Verkehr angemessen berücksichtigen
15. Fünfte Neckarquerung angehen
16. Straßen und Brücken sanieren und ausbauen
17. Breitband- und Mobilfunknetz flächendeckend ausbauen
18. Energieversorgung sichern
19. Neues Bewusstsein für ländliche Räume initiieren
20. Wohnraum und attraktive Standortbedingungen fördern
21. Schieneninfrastruktur im Neckar-Odenwald-Kreis ausbauen
22. Hochschulstandort Mosbach sichern
23. Berufsschulstandorten und Fachklassen im ländlichen Raum erhalten
24. Schulische Infrastruktur modernisieren
25. Berufsschulen modernisieren
26. Technisch moderne und flächendeckende berufliche Bildung forcieren
27. Modernisierung der Überbetrieblichen Ausbildungsstätte Buchen unterstützen
28. Image der beruflichen Bildung stärken
29. Fachkräftepotenziale erschließen

